

# LinksBlick

Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

## Landesparteitag

Am 13. und 14. März 2010 fand der Parteitag der Brandenburger LINKEN im Potsdamer Kongresshotel statt.

Die Tagesordnung beinhaltete neben den Wahlen zum Landesvorstand, zur Landesschieds- und Landesfinanzrevisionskommission sowie zum Bundesausschuss viele Anträge und Änderungsanträge.

Von großem Interesse waren dabei der Antrag zum Umgang mit Biografien sowie der Antrag zur Trennung von Amt und Mandat. Letzterer wurde nach intensiver Diskussion vom einreichenden Kreisverband Haveland zurückgezogen. Inhalt des Antrages war der Verzicht der Minister und Ministerinnen unserer Fraktion „... nach einer angemessenen Bedenk- und Einarbeitungszeit auf ihr Landtagsmandat“.

Angenommen wurde hingegen der Antrag des Landesvorstandes, der sich auch für eine Trennung von Ministeramt in der Landesregierung und Landtagsmandat ausspricht. Der Unterschied hierbei ist, dass es sich bei der Neuregelung auf künftig zu bestellende Minister bezieht, für die somit eine politisch verbindliche Regelung aufgestellt werden soll. Die angestrebte Satzungsregelung soll klarstellenden Charakter haben und das Selbstverständnis der Partei

beschreiben. Bereits in den Diskussionen Anfang der 1990er Jahre zur Erarbeitung der Landesverfassung hatte die PDS die Auffassung vertreten, dass Mitglieder der Exekutive (Regierung) nicht gleichzeitig Mitglieder der Legislative (Landtag) sein sollten, weil die Legislative eine Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive hat.

Thomas Nord, mit 77,7% der Stimmen wiedergewählter Landesvorsitzender, ging in seiner Rede unter anderem auf die erste Bilanz der rot-roten Regierung ein. Dazu sagte er: „Jeder, der meint, dass man nach 100 Tagen das geschafft haben kann, was im Koalitionsvertrag für fünf Jahre Regierungsarbeit steht, irrt.“. Außerdem plädierte er für eine schnelle Programmdebatte auf Bundesebene und warb für den anstehenden Mitgliederentscheid zu den Personalentscheidungen für den künftigen Bundesvorstand.

Auch die Vorsitzende der Landtagsfraktion, Kerstin Kaiser, forderte in ihrer Rede eine glaubwürdige Politik der LINKEN - auch in der Regierungsarbeit. Die rot-rote Regierung habe in den ersten Monaten einen guten „Aufschlag“ gemacht. Darauf könne man auch stolz sein.

Redaktion

## Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 3

## Zitiert ...

*„Entfremdet und entwürdigt ist nicht nur der, der kein Brot hat, sondern auch der, der keinen Anteil an den großen Gütern der Menschheit hat.“*

*Rosa Luxemburg (1871-1919)*

**DIE LINKE.**

## Der neugewählte Landesvorstand



Für den Landesvorsitz gab es in diesem Jahr zwei Kandidaturen. Thomas Nord wurde mit 94 Ja-Stimmen von 121 abgegebenen Stimmen zum Landesvorsitzenden wiedergewählt. Sein Gegenkandidat, Harald Habermann, erhielt drei Ja-Stimmen. Maria Strauß bleibt mit 105 Ja-Stimmen von 119 abgegebenen weiterhin Geschäftsführerin des Landesvorstandes. Auch Matthias Osterburg wird weiterhin im Amt des Landesschatzmeisters arbeiten, gewählt wurde er mit 108 Ja-Stimmen.

Weitere Mitglieder im Landesvorstand sind:

Dr. Kirsten Tackmann, OPR, Stellvertretende Vorsitzende

Stefan Ludwig, LDS, Stellvertreter Vorsitzender

Dr. Steffen Hultsch, PM

Dr. Andreas Bernig, PM

Katharina Dahme, Linksjugend [ `solid ]

Thomas Domres, PR

Ute Miething, EE

Dagmar Püschel, LOS

Olga Schummel, Potsdam

Karin Kühl, Cottbus

Andrea Johlige, HVL

Sven Kindervater, MOL

Bettina Fortunato, MOL

Daniel Förster, Linksjugend [ `solid ]

Dr. Helmut Markov, OHV

## Beschlüsse und Anträge

Der beschlossene Leitantrag „oppo-  
nieren, regieren, konsolidieren, ver-  
jüngen - DIE LINKE Brandenburg und  
ihre Aufgaben in den kommenden  
Jahren“ liegt in den Geschäftsstel-  
len aus oder kann im Internet unter  
www.dielinke-brandenburg.de abge-  
rufen werden, ebenso der Beschluss  
„Gemeinsinn und Erneuerung in Bran-  
denburg - die Arbeit hat begonnen“.

Im Internet abzurufen sind ebenso  
alle Kandidaturen, Anträge, Beschlüs-  
se und die genauen Abstimmungser-

gebnisse.

Dem neuen Landesvorstand wün-  
schen wir viel Kraft und Ausdauer  
für die kommende Legislatur, Taten-  
drang für die vielen neuen und gro-  
ßen Aufgaben, die vor allem die Re-  
gierungsbeteiligung mit sich bringt,  
und immer ein gewisses Maß Freude  
an der gemeinsamen Sache. <

# DIE LINKE.

## Eindrücke vom Parteitag

Ingo Thiedemann ist seit einiger Zeit  
Mitglied der LINKEN und in diesem  
Jahr erstmalig als Gast auf einem  
Landesparteitag gewesen.

**Red.: Ingo, was hat Dich am meis-  
ten beeindruckt? Wie hast Du die  
Atmosphäre in Potsdam erlebt?**

Ingo: Beeindruckt hat mich die Tatsa-  
che, dass man mit so vielen Genos-  
sen aus dem ganzen Land Branden-  
burg zusammenkommen kann. Ein  
ganzes Wochenende, das der Arbeit  
der LINKEN auf Landesebene, den  
Kreisverbänden bis hin zu den Basis-  
organisationen gewidmet ist.

Das ist ein Gefühl der Gemein-  
samkeit, dass man nicht allein ist,  
wenn man in seinem Ort für einen  
Fahrradweg kämpft, für kostenlo-  
ses Mittagessen in der Schule oder  
die Menschen anhört, die unter der  
Hartz-IV-Gesetzgebung leiden.

Es hat mir gezeigt, wie wichtig unsere  
Arbeit hier vor Ort in den ganz klei-  
nen Strukturen genommen wird.

Dass alle Genossinnen und Genos-  
sen, jeder auf seine Art und Weise,  
ihren Teil dazu beitragen, dass die  
Partei funktioniert, und somit die  
Grundlage bilden, die die politische  
Arbeit erst möglich macht.

Die Landtagsfraktion mit ihren neu-  
en Aufgaben der Regierungsarbeit ist  
ebenso auf diese Basis angewiesen  
wie die Abgeordneten in den Kreista-  
gen oder Stadtverordnetenversamm-  
lungen.

**Red.: Was hast Du für Dich von die-  
sem Wochenende mit nach Hause  
genommen?**

Ingo: Auf jeden Fall ein gutes Stück  
neue Motivation für unsere eigene  
Arbeit an der Basis und die Gewiss-  
heit, nach Möglichkeit bald wieder an  
einem Parteitag teilzunehmen. <

## Einer von uns

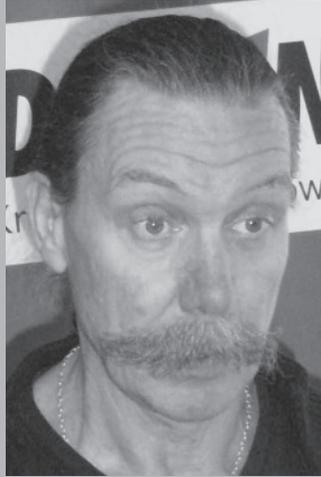
**Christa:** *Michael, stell Dich bitte unseren Lesern zunächst mit einigen biographischen Daten vor.*

**Michael:** 1958 bin ich in Berlin-Neukölln geboren, dort aufgewachsen, zur Schule gegangen, Abitur gemacht. Danach arbeitete ich ein Jahr als Anstreicher (Häuserwände, Flure, Rohrleitungen usw.), machte dann in einem Verlag eine zweijährige kaufmännische Lehre. Da mir hier der Umgang mit Menschen fehlte, ließ ich mich zum Berufsschullehrer ausbilden und arbeite seit 20 Jahren im Oberschulzentrum Berlin-Wilmersdorf.

Ich bin verheiratet, meine Frau ist ebenfalls Lehrerin – an der gleichen Schule – und wir haben drei Kinder. Seit 2000 wohnen wir in Zossen, Ortsteil Glienick. Nach einer gewissen Eingewöhnungszeit gefällt es uns hier gut, wir fühlen uns wohl in dieser Umgebung.

**Christa:** *Wie bildete sich Deine linke Gesinnung?*

**Michael:** Die Zeit, in der ich als Anstreicher tätig war, brachte mir Umgang und Freundschaften mit meinen Kollegen und ihren Familien, sog. „einfachen“ Leuten. Hier lernte ich soziale Not kennen, empfand es als ungerecht, dass z.B. Kinder nicht genügend zu essen haben oder man vom Monatslohn keinen Kinobesuch



**Michael Heilgermann**

bestreiten kann – und viele andere Probleme, die die Existenz der Menschen gefährden, könnte man benennen.

Es war und ist für mich bis heute eine Unmöglichkeit, dass es in unserem so reichen Staat so große Unterschiede gibt. Ich war in der SPD, bin aber bald ausgetreten, weil ich merkte, dass diese Partei keine oder falsche Antworten auf meine Fragen hat. Ich wurde dann noch in Berlin Mitglied der PDS, dann der Partei DIE LINKE.

**Christa:** *Uns würde Deine berufliche Tätigkeit interessieren.*

**Michael:** Ich bin – wie schon gesagt – Berufsschullehrer am OSZ für Industrie- und Datenverarbeitung in

Berlin-Wilmersdorf (1.000 Schüler) und unterrichte Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, Sozialkunde und Arbeitsrecht.

Unsere Schüler, 19 - 20jährig, gehören in der Regel zum gehobenen Mittelstand, sind motiviert, leistungsorientiert und haben ihren Lehrbetrieb im Hintergrund. Mit denen allerdings, die keinen Betrieb im Hintergrund haben, die sozusagen „Zwischengeparkt“ sind, gibt es doch öfter Schwierigkeiten. Ihnen müssen wir mehr Aufmerksamkeit und Hilfe geben. Politisch interessiert sind die wenigsten.

**Christa:** *Wie trittst Du politisch in Erscheinung?*

**Michael:** Ich erhielt bei der letzten Kommunalwahl in Glienick die meisten Stimmen für den Ortsbeirat, der aus drei Mitgliedern besteht. Mit den beiden anderen (CDU und Plan B) gibt es einvernehmliche Zusammenarbeit, aber durchaus auch unterschiedliche Meinungen. Außerdem bin ich seit Januar 2010 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Zossen als Nachrücker von Konrad Tschorn.

**Christa:** *Hochachtung, dass Du Dich neben anstrengender Berufsarbeit so aktiv engagierst. Ich danke Dir für das Gespräch und wünsche Dir viel Erfolg und persönlich alles Gute.*

*Christa Zernick, Am Mellensee*

## Auflösung Bilderrätsel



Zu sehen war das alte Zollhaus in Kloster Zinna. Nach Beendigung des Siebenjährigen Krieges im Jahre 1763 wurde von Friedrich II. als Teilmaßnahme zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes eine verstärkte Förderung des Handwerkes in Verbindung mit einer Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte vorgenommen. Im Zuge dieser Entwick-

lung entstand 1764 im Bereich von Kloster Zinna eine Plansiedlung, die in ihrer Grundstruktur bis heute nahezu vollständig erhalten ist.

Im alten Zollhaus befindet sich heute ein Museum, in dem Handwebstühle und Textilkunst besichtigt werden können. Auch praktische Vorführungen der Handweberei finden statt. <

# Linke Politik im Landtag

## Nein zur Kopfpauschale – Für ein solidarischeres Gesundheitssystem

Mit den jüngsten Vorschlägen des Bundesgesundheitsministers, Rösler, zur Einführung einer sogenannten Kopfpauschale sollen die Ankündigungen der Regierungskoalition zu einem Systemwechsel in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nun offensichtlich realisiert werden.

Einen derart tiefgreifenden und grundsätzlichen Einschnitt in die gesetzliche Krankenversicherung hat es bisher nicht gegeben. Insbesondere würde mit dem Solidarprinzip ein Kernelement aufgegeben. Dies geht zulasten der Versicherten mit geringen Einkommen und wird von einer großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt.

Neben den unmittelbaren Konsequenzen für die Versicherten führt ein Systemwechsel auch zu Konsequenzen für die Krankenkassen, für die Leistungserbringer und für die regionale Verteilung von Mitteln im Gesundheitssystem.

Der Landtag soll deshalb im Hinblick auf die bevorstehenden Entscheidungen auf Bundesebene bzw. im Bundesrat die Konsequenzen für Brandenburg diskutieren.

## Rechtsextremismus konsequent bekämpfen

Das Land Brandenburg hat mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“, dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, dem Landespräventionsrat, den mobilen Beratungsteams und vielfältigen kommunalen Initiativen eine gute Grundlage für die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Brandenburg geschaffen ... Ein Schwerpunkt muss und wird dabei die intensive Arbeit mit Jugendlichen und in Bildungsstätten sein.

Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistische Ge-

walt kann nur gelingen, wenn auch auf Bundesebene die entsprechenden Projekte und Maßnahmen gefördert werden. Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit den Schwerpunkt auf den Kampf gegen Rechtsextremismus gelegt, gleichzeitig aber auch Projekte wie das Programm „Vielfalt tut gut“, das sich gegen alle Formen von Antisemitismus und Rassismus richtet, ins Leben gerufen. Diese Arbeit muss dauerhaft und langfristig fortgesetzt werden. Die Bestrebungen der Bundesministerin Schröder (CDU), aus den Mitteln für die Bekämpfung von Rechtsextremismus zukünftig Gelder für Projekte gegen Linksextremismus und Islamismus zu entnehmen, bedeutet eine faktische Kürzung des Etats. Dieses Vorgehen wird den nachhaltigen Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus gefährden. Wir sprechen uns deswegen nachdrücklich gegen diese geplante Strategie der Bundesregierung und die Kürzung der Mittel für die Bekämpfung von Rechtsextremismus auf Bundesebene aus.

## Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Seit Herbst 2008 haben sich die internationale Finanzmarktkrise – bedingt durch eine rasante Expansion der Finanzmärkte – sowie ein weltweiter Konjunkturabschwung gegenseitig verstärkt und zu einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise geführt.

Die Finanzmarktkrise konnte dadurch entstehen, dass es an einem funktionierenden Ordnungsrahmen für die globalisierte Finanzwirtschaft mangelte. Maßlose Spekulationen, die zunehmende Komplexität der Finanzprodukte und die Geschwindigkeit, mit der Finanztransaktionen abgewickelt werden, sind zu einer Bedrohung der ökonomischen und finanziellen Stabilität von Volkswirtschaften geworden.

Durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer kann der Aufblä-



hung und Verselbstständigung der Finanzmärkte wirksam begegnet werden.

## Stadtumbau Ost auf hohem Niveau und mit neuen Akzenten fortsetzen

Fast eine Dekade nach seinem Start ist der Stadtumbau weiterhin auf hohem Niveau notwendig. Denn bis 2020 müssen in Brandenburg bis zu 40.000 weitere Wohnungen abgerissen werden, um den Wohnungsmarkt zu stabilisieren. Die Fortschreibung des Stadtumbaus erfordert jedoch neue Akzente, um auf aktuelle und künftige Herausforderungen zu reagieren. Stadtumbau muss zukünftig flexibler sein: die „einfachen“ Abrisse wurden durchgeführt, es geht jetzt um kleinteilige Lösungen, nicht allein um Quantität. In der kommenden zweiten Phase des Stadtumbaus geht es angesichts der Verteilung der Leerstände auch um sinnvolle Alternativen zum Komplettabriss. Aufwertungsmittel müssen künftig auch für die demografisch bedingte Anpassung der Wohnungen eingesetzt werden können, um damit die Gestaltung von generationengerechtem, barrierearmem Wohnen zu unterstützen. <

Kornelia Wehlan, MdL  
Wahlkreisbüro Luckenwalde  
Zinnaer Straße 36  
14943 Luckenwalde  
Tel/Fax: 03371-406544  
E-Mail: buerolukwehlan@aol.com  
Internet: www.konni-wehlan.de

## Opposition in der Regierung

Es sollte wohl kein Orwellsches Neusprech sein, wenn Anita Tack ihr Amt als das „Ministerium für Lebensqualität“ bezeichnete, sondern die Formulierung eines Anspruchs.

Der viele Bereiche der Daseinsvorsorge betreffende Zuschnitt des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zeigte sich auch in den Fragestellungen von Gastgeberin Maritta Böttcher und dem Publikum im gut gefüllten Wilhelm-Kempff-Saal des Kulturquartiers Mönchenkloster in Jüterbog. Das Spektrum der Themen reichte vom Ärztemangel im ländlichen Raum bis zur Zukunft der Energieversorgung.

Am Beispiel der medizinischen Versorgung und des öffentlichen Personennahverkehrs verdeutlichte Anita Tack die Verzahnung der verschiedenen Politikfelder. Gut ausgebaute regionale Krankenhäuser und Ärztezentren sind schließlich nutzlos, wenn die Bürger diese nicht erreichen, weil die Busverbindungen fehlen.

Aber nicht nur die Themenvielfalt, sondern auch die Vielzahl der Akteu-

re erschwert die Umsetzung guter Ideen und die Lösung von Problemen. Hier sind immer wieder Verbände, Lobbyisten, Unternehmen und auf der politischen Ebene auch verschiedene Behörden und Ministerien schwer unter einen Hut oder auch nur an einen Tisch zu bringen.

Bei der Sozialdemokratie in Brandenburg herrscht laut Anita Tack eine Einstellung, nach der dieser das Land gehöre und seit dem Verlust der absoluten Mehrheit einem kleineren Partner gnädig das Mitregieren erlaubt würde. Früher war dieser kleine Partner die CDU und heute ist es DIE LINKE. Man habe zwar nach zwanzig Jahren Opposition die Kompetenz, aber nicht immer die Macht zur Durchsetzung linker Positionen.

Ein weiterer Spielverderber wurde im Bund ausgemacht, der mit seiner Politik den Spielraum der Landesregierung einschränkt. Hoffnungsvoll blickt Anita Tack hier auf die bevorstehenden Wahlen in Nordrhein-Westfalen, die eine Verbesserung der Stimmenverhältnisse im Bundesrat bringen könnten.

Ein Grundproblem der Entscheidungsprozesse in unserer Gesellschaft verdeutlichte eine Försterin anhand des als Umwelt- und Klimaschutz ausgegebenen Flächenverbrauchs für sogenannte Neue Energien. Auch bei Windkraft-, Biogas- und Solaranlagen müsse gefragt werden, ob diese den Menschen und der Natur nützen oder nur ihren Betreibern Profit bringen.

Zur Stärkung ihrer Durchsetzungskraft erhielt Anita Tack aus den Händen von Maritta Böttcher eine „Jüterboger Keule“ und sie musste sich dann noch Gedanken über den Text ihrer Eintragung in das Gästebuch der Stadt machen, das ihr Bürgermeister Bernd Rüdiger zur Begrüßung überreicht hatte. Der Autor dieser Zeilen verließ die Veranstaltung etwas ermattet und mit der Frage im Kopf, ob die drängenden Probleme unserer Gesellschaft in dieser Gesellschaftsordnung zu lösen sind. Vielleicht könnte dies eine Fragestellung für das 20. Jüterboger Gespräch sein. Natürlich ganz ohne Keule.

*Klaus Pollmann, Altes Lager*

## Zum 8. Mai 2010

Vor 65 Jahren, am 8. Mai 1945, wurde in Berlin-Karlshorst die Urkunde über Deutschlands bedingungslose Kapitulation unterschrieben – damit endete die faschistische Hitlerdiktatur, die unermessliches Leid über die Völker gebracht und einen der furchtbarsten Kriege entfesselt hatte.

Dieser 8. Mai 1945 war und ist für uns immer ein Tag der Befreiung gewesen und wird es auch bleiben. Ihn verdanken wir vor allem den Völkern der ehemaligen Sowjetunion, die den Hauptanteil des Krieges trugen und den höchsten Tribut für den Sieg zahlten. Mit diesen Gedanken bereiten wir uns darauf vor, diesen Gedenktag würdig zu begehen. Unserem Kreis schlug die Stunde der Befreiung in

der letzten Aprildekade 1945; Wünsdorf, Sitz hoher militärischer Dienststellen, wurde am 21. April von der Roten Armee besetzt.

Im Gedenken daran findet am diesjährigen 21. April um 16.00 Uhr im Wünsdorfer Museum „Roter Stern“ eine Veranstaltung statt. Höhepunkt wird die Grundsteinlegung eines Denkmals „Versöhnung“ sein, das der Bildhauer Alexander Tschuikow (Sohn des Marschalls Tschuikow, unter dessen Kommando die 8. Gardearmee den schweren Kampfweg von Stalinograd nach Berlin zurücklegte) diesem Ort gewidmet hat. Überhaupt bietet die Bücher- und Bunkerstadt Wünsdorf viel Wissens- und Sehenswertes, z.B. Bunkerführungen, Antiquariate, Museen und Ausstellungen, Vorträge

und Lesungen im Waldstadttreff (dort erlebten wir u. a. Begegnungen mit Hans Modrow, Sahra Wagenknecht, Daniela Dahn).

Einmalig in Deutschland ist das Museum „Roter Stern“ mit einer Darstellung von sowjetischen/russischen Truppen in Deutschland von 1945 bis 1994, deren Oberkommando seinen Sitz in Wünsdorf hatte.

Auf eine besondere Veranstaltung sei noch hingewiesen: Vom 9. bis 12. September diesen Jahres ist unsere Bücherstadt Gastgeber für das 7. Internationale Bücherstadtfestival. Rund 20 Bücherstädte der Welt werden hierzu ihre Abordnungen entsenden. Informationen kann man erhalten unter 033702/9600.

*Christa Zernick, Am Mellensee*

## Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

### Hartz IV bleibt Armut per Gesetz

Mit Schröders Agenda-Politik hat die SPD verbrannte Erde auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Mit dem Drehen an ein paar Stellschrauben ist es deshalb nicht getan. Vier Jahre hatte die SPD Zeit, Korrekturen bei Hartz IV und in der Arbeitsmarktpolitik vorzunehmen. Die parlamentarischen Mehrheiten waren da. Stattdessen hat sie in der Großen Koalition ihre Nibelungentreue zur Union unter Beweis gestellt und die Regelungen bei Hartz IV sogar noch verschärft. Die SPD präsentiert jetzt mit ihren Vorschlägen nichts anderes als eine ihrer Versionen von „Hartz-Light“. Knapp zwei Monate vor der Landtagswahl in NRW wird sie deshalb kaum glaubwürdiger. Wenn die SPD in Zukunft als ernsthafter Koalitionspartner in Frage kommen will, braucht es mehr als leichte Korrekturen ihrer Agenda-Politik der vergangenen sieben Jahre.

### Salamitaktik des liberalen Gesundheitsministers

Mit der Ankündigung, dass Beiträge nun angeblich wieder paritätisch gezahlt werden sollen, streut der Gesundheitsminister Sand in die Augen der Bürgerinnen und Bürger. Die Pläne Philipp Röslers, ab 2011 eine zusätzliche Gesundheitsprämie von 29 Euro im Monat einzuführen, sprechen eine andere Sprache. Die kleine Kopfpauschale soll die Versicherten an die ungerechte und unsolidarische Finanzierung der Krankenversicherung gewöhnen. Das Ministerium bestätigt das schrittweise Vorgehen. Das heißt im Klartext: Das dicke Ende kommt nach!

Die 0,9 Prozent Sonderbeitrag, die von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern derzeit allein zu tragen sind, werden durch die Gesundheitsprämie ersetzt. Damit bleibt die Finanzierung unparitätisch wie zuvor, sie wird nur noch ungerechter. Und die Zusatzbeiträge sollen bleiben.

Das ist mehr als Augenwischerei.

Diese kleine Kopfpauschale ist Teil von Röslers Salamtaktik. Wer derzeit 1.500 Euro verdient, soll ab 2011 15,50 Euro im Monat mehr bezahlen. Wer aber 3.700 Euro verdient, zahlt 4,30 Euro weniger. In Zukunft wird diese Ungerechtigkeit immer weiter zunehmen. Das versteht Rösler unter schrittweiser Einführung.

Diese Regierung hat offensichtlich klare Vorstellungen davon, wie sie die unteren Einkommen belasten will. Sie hat jedoch keine Ahnung, wie ein Sozialausgleich finanziert werden soll. Dieser steht angesichts prognostizierter Steuermindereinnahmen in Milliardenhöhe in den Sternen. Das offenbart die Prioritäten der Koalition und die soziale Kälte, die mit dem großen Ziel ‚Kopfpauschale‘ verbunden ist.

### Gesundheitskampagne

Im Koalitionsvertrag haben sich CDU, CSU und FDP darauf verständigt, die Finanzierung des Gesundheitssystems neu zu ordnen: 2010 sollen Pläne für die Ersetzung der einkommensabhängigen Beitragszahlung durch eine „Kopfpauschale“ ausgearbeitet, 2011 gesetzgeberisch umgesetzt werden. Dagegen müssen wir uns wehren. Politische Ziele der Kampagne sind:

- die Einführung einer Kopfpauschale als Grundprinzip zur Finanzierung des Gesundheitssystems zusammen mit einem breiten Bündnis verhindern;
- ein breites gesellschaftliches Bündnis zur Einführung einer Solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung herstellen und diese als Alternative zur Kopfpauschale auf die politische Agenda setzen;
- in regionalen und lokalen Bündnissen zur Verbesserung der gesundheitlichen Vorsorge und Versorgung als öffentliches Gut beitragen.

Bei der Kampagnenplanung ist zu beachten, dass im Herbst 2010 die



gesetzlich vorgesehene Überprüfung der „Rente ab 67“ ansteht und die gesetzliche Neuregelung der Hartz-IV-Regelsätze vorgenommen werden muss.

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im Februar 2010: 4.852.730

Offizielle Arbeitslosigkeit: 3.643.381

Nicht gezählte Arbeitslose: 1.209.349 <

### Einbürgerung

Vier neuen Staatsbürgern konnte Maritta Böttcher in ihrer Funktion als Stellvertretende Kreistagsvorsitzende am 25. März 2010 im Luckenwalder Kreishaus ihre Einbürgerungsurkunden überreichen. Begleitet von Freunden und Familienangehörigen legten die aus Russland, der Ukraine und Vietnam Stammenden ein Bekenntnis zur deutschen Staatsbürgerschaft ab. Alle vier leben bereits viele Jahre in Deutschland oder sind sogar hier geboren. Maritta Böttcher würdigte die bisherigen Bemühungen der Eingebürgerten, sich in Deutschland zu integrieren, ihre Wurzeln nicht zu vergessen und zur kulturellen Vielfalt im Land beizutragen. Sie sollten sich aktiv in die Gesellschaft einbringen. So könne man Missverständnisse beseitigen helfen und Zeichen gegen rechte Tendenzen setzen. In gemütlicher Runde wurde gemeinsam geplaudert und über Zukunftspläne gesprochen. Für alle Anwesenden war es ein gelungener, ereignisreicher Tag.

Redaktion

## Wie weiter mit der Beratung des Briefes an die Mitglieder?

Nach Erscheinen des Briefes des Bundesvorstandes an die Mitglieder der Partei setzen sich die Basisorganisationen in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow das Ziel, die im Brief angesprochenen prinzipiellen Fragestellungen aufs Engste mit Erfahrungen der Basisarbeit zu verbinden. In den bisherigen Beratungen verstärkte sich der Wunsch, vor allem Gedanken zur Verbesserung der politischen Bildung auszutauschen (vgl. dazu den Beitrag von Gen. Schneider, Linksblick Nr. 177). So kristallisierten sich nachfolgende Aspekte für die Beratung des Briefes speziell zur politischen Bildung heraus, die wir im Folgenden zur Diskussion stellen möchten:

1. Es ist erforderlich, sich in den folgenden Wochen auf die inhaltliche Beratung des Programmentwurfs einzustellen, dessen Verabschiedung bzw. Veröffentlichung bis Ende März erfolgt ist.

2. Um den Bildungsaspekt zu betonen, sollten ausgewählte Programmpunkte im Rahmen weiterführender Politikfelder behandelt werden wie Wirtschafts- und Finanzpolitik, Arbeits- und Sozialpolitik, Bildungspolitik, Außenpolitik, Umweltpolitik der Partei. Auf diese Weise ist auch die Möglichkeit gegeben, die aktuellen Problemgebiete zu behandeln, die prinzipiell im Brief des Bundesvorstandes angesprochen wurden, auch solche, die die jüngste Diskussion im Vorfeld des 2. Parteitages stark bestimmen. Zum Beispiel Fragen des Eigentums, der Beschäftigung, der Wirtschaftsdemokratie, des kommunalen Eigentums, des Grundeinkommens, der Bürgerversicherung, der Energiepolitik u.a. .

3. Einige übergreifende Grundfragen bedürfen sicher ihrer gesonderten (komplexen) Betrachtung. Das betrifft z. B. die Beantwortung der Frage nach Wesen und Kriterien einer den Kapitalismus überwindenden neuen Gesellschaftsordnung: den

Demokratischen Sozialismus und den Weg dorthin. Darin eingeschlossen sind Themen wie die Entwicklung von Bündnisbeziehungen mit Gewerkschaften und gesellschaftlichen Organisationen, die Erhöhung des Gewichts basisdemokratischer Entscheidungen, das Verhältnis der Partei DIE LINKE zur SPD und zu den Grünen und die Voraussetzung für Regierungsbeteiligung.

4. In der politischen Bildung sollten auch die historischen und jüngeren Quellen unserer Partei und ihr Werdegang einbezogen und darin solche aktuellen Themen angesprochen werden wie ihr pluraler Charakter, zeitweise Quotenregelungen und Doppelspitzen in der Parteiführung, die Rolle von Urabstimmungen, die Beziehung zwischen Vorständen und Fraktionen oder das Verhältnis zu den Medien.

5. Zu klären wäre später auch die Einbeziehung überwiegend theoretischer und historischer Themen in ein weiteres Bildungsprogramm. Dabei hoffen wir auf das baldige Wirksamwerden eines sachkundigen Gremiums zur Ausarbeitung eines Programms der politischen Bildung.

6. Dem Inhalt der politischen Bildung schließt sich zwangsläufig die Frage nach der Organisation, ihrer methodischen Gestaltung und den personellen Möglichkeiten an. Dabei wollen wir auch hier von eigenen Erfahrungen ausgehen:

Ein Großteil unserer Mitgliederversammlungen trug bereits den Charakter politischer Bildungsveranstaltungen. In einigen BO wurden in den vergangenen Monaten (und Jahren) Themen behandelt wie

- Ursachen und Entwicklung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

- Die Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE., politischer Inhalt und Werdegang der WASG

- Wahlprogramme und Koalitionsver-

einbarungen.

Bewährt hat sich die Methode, ein Thema von einer BO vorzubereiten und die Genossen einer anderen BO dazu einzuladen, wie das unlängst zum Thema „Die Rentenpolitik der Partei“ geschah.

Gute Erfahrungen wurden mit der Organisation von Themenabenden im Rahmen von Gesamtmitgliederversammlungen gewonnen. Dazu wurden auch die Genossen und interessierte Bürger benachbarter Gemeinden eingeladen. Das betraf z.B. Veranstaltungen mit den Genossen Kaiser und Bunge sowie den Genossen Goldstein, Bisky, Nord, Neskovic und Maurer, aber auch außenpolitische Themen wie zur Entwicklung der VR China. Natürlich sind dabei die Grenzen zwischen Information und Bildung fließend.

An diese Erfahrung kann angeknüpft werden. Aber den eigenen Kräften und ehrenamtlichen Referenten fehlt es im Vergleich zu Dozenten wissenschaftlicher Institute naturgemäß an Lehrmaterialien, pädagogischer Aufbereitung des Stoffes und inhaltlicher Auseinandersetzung mit konträren Auffassungen. Auch erfolgte bisher die Wahl der Themen u. E. noch zu sporadisch. Sie resultiert häufig aus einer aktuellen Situation heraus oder entsprechend den eigenen personellen Möglichkeiten bzw. guten persönlichen Kontakten. Das ist normal, kann aber einen längerfristig angelegten Rahmenplan nicht ersetzen.

Wir meinen, dass der Aufbau eines „Lektorenkollektivs“ auf Kreis- oder Gebietsebene mit Unterstützung des Landesvorstandes der politischen Bildung sehr dienlich sein könnte.

In den BO sollte auch die im ND angekündigte Artikelserie im Zuge der Diskussion des ersten Entwurfs des Grundsatzprogramms sorgfältig verfolgt werden.

*Lothar Hummel,  
Dahlewitz*

## Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



### Berlin macht es vor: Mehr Toleranz für Kinderlärm

Geräusche, die von Kindern verursacht werden, sind künftig auch juristisch als sozial adäquat und damit zumutbar zu beurteilen. Dieser in Berlin bereits allgemein für die Verwaltung geltende Grundsatz ist nun auch gesetzlich verankert. Berlin ist damit das erste Bundesland, das eine Privilegierung von Geräuschen, die von Kindern ausgehen, in das Landesrecht aufnimmt.

Das ist eine klare Entscheidung zugunsten der Kinder. Denn Kinder, die in einem städtischen Umfeld gesund und altersgerecht aufwachsen sollen, können das nicht geräuschlos. Kinderlärm gehört zur kindlichen Entfaltung und Entwicklung dazu. Kinder brauchen für eine altersgemäße Entwicklung bestimmte Freiräume. Geräusche, die sie verursachen, sind für

das Umfeld in der Regel als zumutbar anzusehen. Dies wird durch die Gesetzesänderung noch einmal grundsätzlich klargestellt.

Kinder brauchen Platz und Bewegung, um zu lernen. Über das Spiel entwickeln sie ihre motorischen Fähigkeiten und sie reifen zu selbstständigen Persönlichkeiten. Aktuelle Einschulungsuntersuchungen weisen bei 60% der Kinder Haltungsschwächen auf. Das sind alarmierende Signale. In den brandenburgischen Städten gibt es jedoch immer weniger Platz zum Spielen, auf den Straßen lässt der zunehmende Autoverkehr kaum noch Möglichkeiten. Kinder haben laut UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung und dazu gehört eben auch „Lärm“.

In der Vergangenheit kam es mehrfach dazu, dass aufgrund von Klagen

von Anwohnern Kindertagesstätten geschlossen werden mussten, so z.B. in Hamburg. Brandenburg hat im Bundesrat mit beschlossen, dass Kinderlärm keinen Anlass für gerichtliche Auseinandersetzungen geben soll. Das Land unterstützt damit die Bundesregierung in ihrem Bestreben, die Gesetzeslage entsprechend zu ändern. Das Recht sollte klar zum Ausdruck bringen, dass Kinderlärm sozialadäquat ist. Kinder brauchen Freiräume, um spielerisch soziales Verhalten zu erlernen und sich geistig wie körperlich entwickeln zu können.<

## Flughafen BBI ist nach wie vor Aufreger Nummer

Zum zweiten Mal wurden die Mitglieder unserer Partei und Sympathisanten zu einem politischen Gespräch eingeladen. Von 37 Anwesenden waren auch 15 Nichtmitglieder unserer Einladung gefolgt. Ziel der Veranstaltung war es, über die Arbeit unserer Fraktion in der Gemeindevertretung zu berichten und kommunale Fragen zu diskutieren. Die Meinung besonders der Parteilosen ist uns wichtig, nicht nur wenn Wahlen anstehen.

Unser Fraktionsvorsitzender, Gen. Scharp, gab einen einleitenden Bericht, der durch die anderen Fraktionsmitglieder ergänzt wurde.

Im Vordergrund standen dabei die Flughafenproblematik, das Nachtflugverbot, Fragen des Haushaltsplanes der Gemeinde, Baumaßnahmen insbesondere im OT Blankenfelde, kulturelle und soziale Fragen.

In einer regen Diskussion spielten folgende zwei Probleme eine große Rolle. Mit dem Bau des BBI haben sich die Bürger abgefunden, jedoch wird

ein absolutes Nachtflugverbot gefordert. Deshalb klagen der BVBB und die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow. Bedauerlicherweise gibt es zwischen den beiden Gremien kaum eine Zusammenarbeit. Mehrere Bürger, die in der zukünftigen Einflugschneise wohnen, wurden aufgefordert, ihren angebotenen Lärmschutz an ihren Häusern zwar prüfen und anbringen zu lassen, aber keinesfalls zu unterschreiben, dass sie damit keinerlei weitere Ansprüche haben. Die durch die Flughafengesellschaft angebotenen Lärmschutzmaßnahmen sind in der Regel schon jetzt nicht ausreichend und der Lärm ist bei Inbetriebnahme des BBI z.Z. noch nicht absehbar.

In absehbarer Zeit soll im OT Blankenfelde ein Pflegeheim mit über 80 Betten gebaut werden. Die notwendige Errichtung von altersgerechten Wohnungen wurde durch das Abstimmungsverhalten der Mehrheit der anderen Fraktionen verhindert. Unsere

Fraktion war geschlossen gegen ein ausschließliches Pflegeheim. Dieser Bau geht am Bedarf unserer Gemeinde vorbei. Pflegeplätze werfen einen höheren Gewinn ab, deshalb ist der Investor auch nicht an altersgerechten Wohnungen interessiert.

In der Diskussion wurden auch andere Fragen zum Bauen in Blankenfelde aufgeworfen, z.B. die Gestaltung des Zentrums (Bau Rathaus und Parkhaus) sowie die Sicherung eines abgesicherten Haushalts der Gemeinde trotz möglicher Aufnahme von Krediten. Die Zusammenkunft machte die Notwendigkeit einer starken Linksfraktion deutlich, zeigte aber auch die fleißige Arbeit unserer Abgeordneten. Eine Reihe von Fragen wurde den Abgeordneten mit auf den Weg gegeben. Solche Veranstaltungen zu kommunalen Fragen müssen mindestens zweimal im Jahr stattfinden um den Kontakt zu den Wählern besser zu pflegen.

Helga Mostowy, Blankenfelde

## Programmdebatte begonnen

Mit einer Mitgliederversammlung des Regionalverbandes TF Süd wurde die Debatte über das neue Parteiprogramm am 20.03.2010 in Jüterbog begonnen.

Dabei machte Maritta Böttcher deutlich, dass die „Programmatischen Eckpunkte“ unser gegenwärtiges Programm sind. Wir fangen nicht beim Punkt Null an.

Dabei wird der Ablauf so sein: Am 20. März 2010 gab es den 1. Entwurf, im Herbst 2010 gibt es Regionalkonferenzen und einen Programmkonvent. Im Februar 2011 soll es den 2. Entwurf geben und nach nochmaliger Debatte dann Ende 2011 den Programmparteitag.

Wir wollen eine gründliche Debatte in der Partei führen, die auch nach außen wirken soll.

Hans Modrow schreibt in seinem neuen Buch „In historischer Mission“: „Die Diskussion um ein Parteiprogramm ist mindestens so wichtig wie das Programm selbst. Die Mitglieder machen sich bewusst, woher sie kommen und wohin sie gehen. Und wenn es dann angenommen ist, demokratisch erstritten und beschlossen, gilt es auch für alle. Die Erfahrung, beteiligt zu sein an der Bestimmung politischer Ziele und möglicher Wege dahin, stärkt Selbstbewusstsein. Und das ist nötig, wenn man dem Zeitgeist die Stirn bieten will.“

Wichtig ist jetzt, dass wir wirklich eine Debatte führen und uns nicht nur an einzelnen Textstellen festmachen bzw. verlieren.

Dabei müssen wir auch den Sinn von Programmatik klären, den Unterschied von Grundsatzprogramm und Wahl- bzw. Aktionsprogramm.

Und wir müssen die Debatte als Lernprozess begreifen. Sie soll in einer offenen Atmosphäre, im kritischen Disput und in einem gemein-

samen Lernprozess geschehen. Eine hohe Debattenkultur ist mindestens so entscheidend wie das Produkt (Programm) selbst. Durch Offenheit und Zuhören lassen sich auch kritische Bürgerinnen und Bürger gewinnen, sich an unserer Debatte zu beteiligen.

In den „Programmatischen Eckpunkten“ wird die Frage aufgeworfen: „Begründen wir linke Politik vorrangig aus der Bezugnahme auf die Sorgen und Nöte, Bedürfnisse und Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere der abhängig Arbeitenden und der sozial Benachteiligten, oder vorrangig aus Wertorientierungen und politischen Zielvorstellungen?“

Eine solche Gegenüberstellung scheint für das Herangehen an die Programmatik der LINKEN wenig produktiv zu sein.

Eher gilt: „Wer vom Ziel nichts weiß, kann den Weg nicht finden.“ (Christian Morgenstern)

In unserer Programmdebatte wollen wir herausstellen, worin sich die Mitglieder unserer Partei klar und einig sind.

Denn Konfuzius sagt: „Wenn über das Grundsätzliche keine Einigung besteht, ist es sinnlos, miteinander Pläne zu machen.“

Klaus Pollmann hat vor allem das Grundsätzliche erläutert und zur Diskussion wertvolle Anregungen gegeben. Wir werden also die Debatte thematisch weiterführen. Gestritten wird darüber, worauf sich das Parteiprogramm konzentrieren sollte. Die knapp 50 Teilnehmer waren jedenfalls sehr interessiert daran und die Arbeitsgruppe Politische Bildung hat dazu wertvolle Vorschläge unterbreitet.

*Regionalvorstand  
Teltow-Fläming Süd*

## Mitgliederentscheid

*Gemäß §8 unserer Bundessatzung kann zu allen politischen Fragen in unserer Partei ein Mitgliederentscheid beantragt werden. Dazu bedarf es z. B. eines Antrages von mindestens acht Landesverbänden. Alle Mitglieder erhalten von der Bundesgeschäftsstelle per Brief ein Anschreiben mit Erläuterungen zum Mitgliederentscheid, den Abstimmungsschein zum Ausfüllen und zur Rücksendung in einem verschlossenen Kuvert, das in den beige-fügten Umschlag zu stecken ist. Dieser ist mit dem Kennwort „Mitgliederentscheid“, Feldern für die Absenderangabe sowie Länderkürzel, der Mitgliedsnummer und der Anschrift des Landesverbandes versehen. Die Rücksendung erfolgt an den jeweiligen Landesvorstand, jedoch ist aus Sparsamkeitsgründen das direkte Einsammeln der Abstimmungsunterlagen durch die Basisorganisationen und Kreisverbände in ihren Geschäftsstellen sinnvoll. Bis zum 23. April müssen die ausgefüllten Unterlagen wieder in der Bundesgeschäftsstelle eingetroffen sein.*

*Alle Parteimitglieder müssen sich zu zwei Satzungsänderungen äußern: Wollen die Mitglieder zwei Parteivorsitzende, zwei Bundesgeschäftsführer und zwei Parteibildungsbeauftragte haben oder nicht?*

*Für diese Entscheidung hat jedes Mitglied EINE Stimme, kann also nur komplett mit „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ stimmen.*

*Zweitens soll über die Durchführung einer Urabstimmung über ein bis dahin noch vorzulegendes Parteiprogramm entschieden werden. Ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten bei den beiden Fragestellungen ist möglich. Ein Mitgliederentscheid ist ein Akt direkter innerparteilicher Demokratie und damit ein hohes Gut für unsere Partei. Daher ist es wichtig, eine hohe Beteiligung zu erreichen.*

*Für alle Fragen des Mitgliederentscheides steht eine Service-Stelle zur Verfügung, erreichbar unter: Tel.: 030-24009-237, Fax: 030-24009-777, mitgliederentscheid@die-linke.de.*

*Für Problemfälle ist die Mandatsprüfungskommission des Parteitages als Klärungs- und Schlichtungsstelle wie folgt erreichbar: Sylvia Müller*

*Tel.: 030-24009-239,  
Fax: 030-24009-260,*

*sylvia.mueller@die-linke-berlin.de*

*Felix Thier, Luckenwalde*

## Arbeit muss neu bewertet werden

Wir leben seit jeher in einer arbeitsteiligen Gesellschaft. Nur dadurch wurden gesellschaftliche Fortschritte, Erfindungen, Industrialisierung, Wohlstand und Unterstützung von Alten und Kranken möglich.

Wenn jeder einzelne für seine Ernährung und Kleidung selbst sorgen müsste, bliebe für anderes kaum Zeit übrig.

Weil wir uns spezialisiert haben und jeder seinen Arbeitsanteil immer besser organisieren konnte, ist die heutige Gesellschaft möglich geworden. Doch schon immer meinten einige, ihr Leistungsanteil sei wertvoller und deshalb stehe ihnen ein viel größerer Anteil vom Ertrag zu. Das mag in vernünftigen Grenzen auch sinnvoll und förderlich sein, um voranzukommen. Es darf aber keinesfalls dazu führen, dass der Leistungsanteil vieler immer weiter abgewertet wird, damit wenige immer größere Ertragsanteile für sich beanspruchen.

Schon im Gedicht „Das Riesenspielzeug“ sagt Adelbert von Chamisso „... denn wäre nicht der Bauer, so hättest du kein Brot ...“.

Arbeit muss nach ihrem Wert für die gesamte Gesellschaft bewertet werden. Das würde den Straßenkehrer aufwerten, aber Spekulanten hätten schlechte Karten.

Kein Manager könnte erfolgreich sein ohne die Zuarbeit von vielen unterschiedlichen Spezialisten. Es sind Bauleute für die Entstehung der noblen Büros notwendig, Angestellte, um Daten und Informationen zu sammeln, zu sortieren und auszuwerten. Arbeiter und Handwerker werden benötigt, um verschiedene Produkte herzustellen. Damit diese Spezialisten und andere arbeiten und wohnen können, werden auch viele unterschiedliche Berufe benötigt, zum Beispiel Straßenbauer, Busfahrer, Reinigungskräfte und viele andere mehr. Für Gesundheit und Pflege aller Menschen sind Ärzte, Schwestern, Altenpfleger und viele weitere

nötig. Kurz gesagt: Nur im guten Zusammenspiel der Arbeitsanteile, aber auch der gerechten Verteilung der Ertragsanteile, kann unsere Gesellschaft dauerhaft funktionieren. Denn ohne Scheuerfrau, oh Schreck, erstickt der Manager im Dreck.

Seit etlichen Jahren wird die ungerechte Verteilung des Ertrags immer mehr zum Problem. Zumal durch Automatisierung und Rationalisierung immer mehr Arbeitslose durch Wegfall von Arbeitsplätzen entstehen. Doch diese werden immer mehr diffamiert und ausgegrenzt. Damit wird die Solidarität für ein Leben in Würde untergraben.

Viele Arbeitnehmer müssen trotz Vollzeitarbeit mit Hartz IV aufstocken, weil der Arbeitslohn zum Leben nicht reicht. Einen Mindestlohn haben die herrschenden Vertreter der Oberschicht bisher verhindert. So konnte sich die Reichtumsschere immer weiter öffnen.

Politiker, Manager und andere Vielabsahner weisen auf lange und anstrengende Arbeitstage hin. Doch sie haben durch „Arbeitsessen“ und ähnliche Unterbrechungen des Arbeitstags immer wieder Zeit und Gelegenheit, sich zu regenerieren.

Der Arbeiter am Band, der Produktionsarbeiter, der Handwerker, die Reinigungskraft, um nur einige zu nennen, haben solche Erholungspausen nicht, denn ihre acht Stunden sind mit Leistung völlig ausgelastet und teilweise überlastet. Die viel zitierten „Leistungsträger“ würden so einen Acht-Stunden-Tag, mit der geforderten Leistung körperlich gar nicht aushalten.

Dieser verhängnisvolle Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung muss gestoppt und verändert werden. Die Erfolgsanteile der Arbeitsanteile müssen neu bewertet werden, damit alle ihre gerechte Vergütung bekommen und für Hilfsbedürftige genügend übrig ist.

Die Wochenarbeitszeit muss stark

verkürzt werden, denn nur dann wird Vollbeschäftigung möglich und alle können ihren Leistungsanteil erbringen. Die horrenden Kriegs- und Rüstungsausgaben müssen gestoppt und für soziale und Armut beseitigende Projekte bereitgestellt werden.

Wird sich unsere Gesellschaft nicht in dieser Art verändern, werden wir uns auf die eine oder andere Art gegenseitig ausrotten.

*Rainer Weigt, Klein Schulzendorf*

---

### Gratulation

Am 19. Februar 2010 wurden Genosse Dr. Herbert Fiedler und seine Frau Ruth mit dem Teltow-Fläming-Preis geehrt.

In jahrelanger mühevoller Kleinarbeit recherchierten sie zur Geschichte des Hachschara-Landwerks Ahrendorf (Nuthe-Urstromtal). Sie bewahrten dieses Kapitel unserer unmittelbaren Heimatgeschichte vor dem Vergessen.

Mitten in Nazideutschland, in Ahrendorf, wurden jüdische Kinder und Jugendliche landwirtschaftlich ausgebildet und so darauf vorbereitet, nach der Auswanderung nach Palästina sich dort eine Existenz in der Landwirtschaft aufzubauen.

Fiedlers haben Überlebende des Holocaust und Nachfahren von „Ahrendorfern“ gefunden.

Die Materialien sind Inhalt einer Ausstellung in der Trebbiner Schule, die aber nicht mehr betreut werden kann. Damit alles für weitere Studien zur Verfügung steht, wollen Fiedlers ihre Forschungsergebnisse dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv überlassen.

Diese Leistung, das Landwerk Ahrendorf vor dem Vergessen bewahrt zu haben, war den Teltow-Fläming-Preis wert.

Wir gratulieren herzlich.

*DIE LINKE. Kreisverband  
Teltow-Fläming*

## LeseRatte

Muss ich mich schämen, wenn ich kein Buch mit politischem Hintergrund vorstelle? Ich empfehle ein Büchlein, das das Herz erwärmt und an Glück und Empfindungen erinnert, die bei mir, in meinem Alter, längst der Vergangenheit angehören. Und doch - sie gehören zum Leben und man sollte sich derer nicht schämen. Zum ersten Mal las ich ein Buch von dem Japaner Haruki Murahami. Er ist 1949 in Tokio geboren, lebt meist in Europa und den USA und wurde mit den höchsten japanischen Literaturpreisen ausgezeichnet.

„Gefährliche Geliebte“ ist im b+b - Verlag erschienen. Auf dem Umschlag steht die reißerische Aussage Reich-Ranickis: „Ein hoch erotischer Roman. Ich habe eine solche Liebesszene seit Jahren nicht mehr gelesen.“ Als ich das nur 218 Seiten umfassende Buch gelesen hatte, ärgerte ich mich über den Buchmarkt, der Werbung macht, indem er bestimmte Instinkte anspricht. Weder Titel noch die Aussage des Literaturpapstes werden dem wunderbaren Buch gerecht. Im Gegenteil - sie reißen es herunter. Es geht um den erfolgreichen Besitzer eines Jazzklubs in einem schicken Tokioter Viertel. Er ist Ende 30, verheiratet, besitzt zwei Töchter. Man glaubt ihm, dass er seine Familie liebt. Dennoch fühlt er sich zuweilen leer und trauert seiner Jugendliebe, dem „Mädchen mit dem bezaubernden Lächeln“ hinterher. Als sie eines Abends wie eine Halluzination in seinem Klub auftaucht, werden verloren geglaubte Saiten bei Hajime wach. Er ist bereit, sein bisheriges Leben aufzugeben. Da ich mich als Leser meist in die Figuren und Situationen hineinzusetzen versuche, entstehen beim Lesen Fragen: Hast du etwas verpasst? Wann hätte dein Leben eine andere Wendung nehmen können? Lohnt es sich, für ein noch so tiefes Gefühl alles Bisherige aufzugeben?

Renate Klettke,  
Ludwigsfelde

## Herzliche Glückwünsche

senden die Basisorganisationen und  
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

Christel Hein in Zossen zum 73. Geburtstag am 23.04.  
Bernhard Bartusch in Ludwigsfelde zum 78. Geburtstag am 24.04.  
Reinhold Roth in Dahme/Mark zum 82. Geburtstag am 29.04.  
Freimut Klein in Blankenfelde zum 86. Geburtstag am 01.05.  
Gisela Schulz in Blankenfelde zum 84. Geburtstag am 01.05.  
Gertraude Hummel in Dahlewitz zum 76. Geburtstag am 05.05.  
Gerda Urban in Jüterbog zum 88. Geburtstag am 06.05.  
Lothar Marsch in Luckenwalde zum 71. Geburtstag am 06.05.  
Eberhard Hoeltke in Jüterbog zum 71. Geburtstag am 07.05.  
Luzie Frank in Mahlow zum 82. Geburtstag am 08.05.

Dr. Käthe Vogeler-Seelig in Rangsdorf zum 95. Geburtstag am 18.04.  
Gisela Länge in Luckenwalde zum 85. Geburtstag am 01.05.  
Gisela Gutjahr in Ludwigsfelde zum 80. Geburtstag am 05.05.

## Frauentag in der Region

Zahlreiche Genossen waren auch in diesem Jahr am 8. März unterwegs, um den Frauen zum Internationalen Frauentag zu gratulieren. So auch bei den LINKEN in Ludwigsfelde, die diesmal den Frauen und Mädchen in der Stadtverwaltung mit einer roten Nelke gratulierten.



Frau Elvira Fischer, Leiterin des Hauptamtes in der Ludwigsfelder Stadtverwaltung, mit Reinhold Krause, Kurt Mühlsteph, Wolfram Burkhardt und Peter Dunkel



Auch die Jüterboger Genossen (hier im Bild Wolfgang Hippauf und Peter Anders) waren fleißig. Sie besuchten Erzieherinnen in den Kindertagesstätten der Stadt und überreichten Frühlingsblumen.



Die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow-Fläming, Kornelia Wehlan und Jürgen Akuloff, gratulierten den Frauen in der Redaktion der MAZ und in Kindertagesstätten der Stadt Luckenwalde.



Die Genossen aus Blankenfelde/Mahlow ehrten die Frauen der Herbert-Tschäpe-Oberschule in Dahlewitz. Im Bild Ingo Thiedemann und Alexander Fröhlich

# Sozial-Solidarisch-Bürger nah

## 1. Mai 2010

### Links macht Spaß - 20. Familienfest DIE LINKE. Teltow-Fläming, Boulevard Luckenwalde

14.00 Uhr Eröffnung durch Kornelia Wehlan, MdL und Vorsitzende des Kreisverbandes DIE LINKE. TF

Zwischen 14.00 und 20.00 Uhr bei beliebter Live-Musik mit der Gruppe „Phönix“ und dem Luckenwalder Blasorchester, Showgruppen und neuen Überraschungen für Auge und Ohr sowie der beliebten Tombola  
Kaffee und Kuchen

Antiquariat: Bücher, Schallplatten, CD

Abgeordnetenzentrum mit Vertretern aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik  
Minibücher

Quiz mit Sachpreisen

Info-Stände von Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften

Für unsere kleinen Gäste:

Happy Bouncer Spieleshow aus Potsdam sowie der Mobilen Fahrradparcour  
Für das leibliche Wohl sorgt das Team der Gaststätte „Eckbusch“.

## Termine

**08.04.10 10.00 Uhr**

AG Senioren  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**10.04.10 09.30 Uhr**

Gesamtmitgliederversammlung  
Gaststätte Eckbusch Luckenwalde

**14.04.10 14.00 Uhr**

Redaktion  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**15.04.10 10.00 Uhr**

Gebietsvorstand  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**15.04.10 18.00 Uhr**

Skat- und Rommeé-Abend  
Geschäftsstelle Jüterbog

**19.04.10 19.00 Uhr**

Kreisvorstand  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**26.04.10 18.30 Uhr**

BO-Vors. des GV Zossen  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**01.05.10 10.00 Uhr**

Politfrühschoppen  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**01.05.10 10.00 Uhr**

Kundgebung am OdF-Denkmal  
und am Rathaus, anschließend  
Politfrühschoppen  
Geschäftsstelle Jüterbog

**01.05.10 14.00 - 20.00 Uhr**

20. Familienfest  
Boulevard Luckenwalde

**06.05.10 17.30 Uhr**

Regionalvorstand  
Geschäftsstelle Jüterbog

**08.05.10 ab 10.00 Uhr**

Regionale Ehrungen zum 65.  
Jahrestag der Befreiung vom  
Faschismus

Wir trauern um  
unseren Genossen

**Arno Wendt**

Ehre seinem Andenken

DIE LINKE.  
Kreisverband  
Teltow-Fläming

DIE LINKE.  
Regionalverband  
Teltow-Fläming Süd

Wir trauern um unseren Genossen

**Gerhard Weisigk**

Wir werden sein Andenken  
in Ehren halten

DIE LINKE.  
Kreisverband  
Teltow-Fläming

DIE LINKE.  
Stadtverband  
Luckenwalde

### IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36,  
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,  
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653

Spendenkonto: 363 302 74 15,

BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam

Redaktionsschluss: 17.03. 2010, der nächs-ten Ausgabe: 14. April 2010

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers  
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,

V.i.S.d.P.: Tina Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de